

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabe: Nach unten  
Preis: 10 Pfennig  
Telegraphische Anzeiger  
Telegraphische Anzeiger  
Telegraphische Anzeiger

Abgabe: Nach unten  
Preis: 10 Pfennig  
Telegraphische Anzeiger  
Telegraphische Anzeiger  
Telegraphische Anzeiger

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 191

Donnerstag, den 17. August 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Wie eine sonst gut unterrichtete Berliner Korrespondenz gehört haben will, werden im Reichsfinanzministerium neue Erwägungen über die Schaffung neuer Steuern angestellt, die im Winter dem Reichstage zugehen sollen. Um der Finanznot der Länder und Gemeinden entgegenzutreten, soll u. a. auch die Umsatzsteuer um etwa 0,5 Prozent erhöht werden.

Wie die Morningpost meldet, wird die nächste Wirtskartenbesprechung über die deutsche Frage bereits im September und noch vor der Handelskonferenz stattfinden. Dem Londoner Blatt zufolge sollen alle diejenigen Punkte, welche in London zu keiner Einigung geführt haben, erledigt werden.

Der Daily Telegraph glaubt berichten zu können, die französische Regierung habe ihren Vertreter im Völkerbund angewiesen, er solle, falls Deutschland im Laufe dieses Jahres noch zum Völkerbund zugelassen werde, sich sofort von dort zurückziehen.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorüberlich auf 1075 bis 1100, die tschechische Krone auf 31 bis 32.

### Der deutsche Selbsterhaltungswille.

Von einem Parlamentarier wird dem Amer Tageblatt geschrieben: Das deutsche Volk hat in den letzten schweren Tagen leider nicht die Haltung gefunden, welche als wirksamer Faktor in London in die britische Entlastungspolitik hätte eingestellt werden können. Daß sich die deutsche Regierung während der Londoner Konferenztag außerster Zurückhaltung befleißigte, ist nur allzu sehr verständlich. Daß aber die öffentliche Meinung Deutschlands gegenüber den neuesten Ausgebirgen französischer Vorgehens nur mäßige und unvollkommene reagierte, ist ein schmerzlicher und verhängnisvoller Fehler. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, in fatalistischer Gleichgültigkeit jeden neuen Gewaltakt unserer Feinde als etwas Unabwendbares zu betrachten. Die deutsche Republik hat sich in den letzten Wochen nicht gezeigt, die nötigen Schutzmaßnahmen gegen Beschränkung von innen heraus zu ergreifen, weil das deutsche Volk in seiner breiten Masse auf den Plan trat, und diesen Schutz als eigene Lebensnotwendigkeit erkannte und forderte. Jetzt droht und droht die schwerste Gefährdung des Deutschen Reiches von außen her seit den Tagen von Versailles. Wo bleibt da die geschlossene Bekundung des deutschen Selbsterhaltungswills?

Wir verlangen nicht etwa, daß die Massen wieder in Demonstrationen auf die Straße ziehen, wie am 4. Juli, denn wahre Demokratie macht nie eine Politik der Straße, nie eine Politik auf der Straße und mit der Straße, sondern eine Politik für das Volk mit dem Volk und durch das Volk. Hierzu aber ist es notwendig, daß sich das Volk als mitverantwortliche Träger seines eigenen Schicksals fühlt und bekennt. Solche starken Bekenntnisse, die zweifellos sehr nützlich gewesen wären, haben in den letzten Tagen und bis heute vollständig gefehlt. Worin hätten sie bestehen sollen und können? Nun, wenn die deutschen Gewerkschaften aller Richtungen z. B. erklärt hätten, daß kein deutscher Arbeiter Frohndienste im Ruhrgebiet unter der Antriebe des französischen Kapitalismus leisten werde, so hätten sie damit eine vaterländische Tat vollbracht. Wenn am Tage nach der schmachvollen Ausweisung der 500 deutschen Familien in allen deutschen Theatern, Konzerten, Kinos und sonstigen Vergnügungsfestlichkeiten die Unternehmungen auch nur einen Teil ihres Reinertrages für diese unglücklichen deutschen Volksgenossen zur Verfügung gestellt hätten, dann hätte die Welt aufgehört und gegenüber der erbärmlichen französischen Nachpolitik eine deutsche Tat gesehen. Derartige Taten sind nicht Ausstrahlungen eines unfruchtbareren Chauvinismus, sondern notwendige Neuerungen eines auch im Ausland lebendigen Nationalgefühls. Ohne sie gewöhnt man die Welt an den für uns furchtbaren Gedanken: den Deutschen kann man alles bieten! Republik und Demokratie und Volk in Frankreich haben in ähnlichen Zeiten anders gehandelt als wir. Neben den Ruf nach Überlebens, egalität, fraternité setzten sie im gleichen Atemzug das Gebot: et mort a nos ennemis! Das Tod den Feinden! verbannt die deutsche Demokratie bewußt und absichtlich als vergiftendes Wort aus ihrem völkischen Wörterbuch; wohl aber muß es ihre vornehmste und erlaubliche Pflicht sein, jeden neuen Akt des Vernichtungswillens unserer Feinde mit einer deut-

lichen Bekundung des deutschen Selbsterhaltungswillens zu beantworten.

Die nächsten Tage und Wochen werden den deutschen Selbsterhaltungswillen noch oft auf harte Proben stellen. Es kann keinem Zweifel unterliegen: die Erfüllungspolitik nähert sich dem Stadium der Endkrisis, welche alle diejenigen vorausgesehen haben, die sich zu dieser Politik als der allein möglichen bekant haben. Diese Endkrisis besteht in dem durch Tatsachen erbrachten Nachweis der Unerfüllbarkeit der Forderungen unserer Feinde und in der auf der anderen Seite sich durchsetzenden Erkenntnis, daß die wirtschaftliche und politische Lebensfähigkeit Deutschlands eine unerlässliche Voraussetzung weiteren Bestehens ist. Jede Krisis bringt Fiebererscheinungen. Sie werden auch uns in akuter Form leider nicht erspart bleiben, vor allem wenn sich erst alle die Auswirkungen der neuesten schweren Erschütterung unserer Währung geltend machen. Aber diese Perioden der Fieberschauer hindurch, wenn er in eine Zeit der Rekonvalenz und der endgültigen Gesundung kommen will, Palliativmitteln helfen nicht mehr, nur eine radikale Kur kann noch helfen: langfristige Befreiung von der erdrückenden Last der Reparationen. Dafür muß sich jetzt das deutsche Volk in allen nur möglichen Formen von öffentlichen und einflussreichen Kundgebungen einsetzen.

### Dr. Wirth über London.

#### Offene Worte des Reichskanzlers.

Daily Chronicle veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Berichterstatters mit dem Reichskanzler Dr. Wirth. Der Reichskanzler begann mit der Erklärung, obwohl seine obersten Hoffnungen auf die Londoner Konferenz gesetzt worden seien, habe doch niemand ein solches Ergebnis erwartet. Wenn die Londoner Konferenz mit der Annahme des französischen Standpunktes geendigt hätte, so hätte das, wie angenommen werden kann, das Ende der deutschen Währung bedeutet. Deutschland habe keinesfalls die Absicht, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Zum Beweis dafür habe Deutschland, obgleich unter den äußersten Schwierigkeiten, die Summe von 500 000 Pfund Sterling gezahlt. Dr. Wirth sagte: Wir sind bereit zu zahlen im Verhältnis unserer Leistungsfähigkeit. Diese Zahlungsfähigkeit nimmt von Tag zu Tag ab. Der Augenblick des Zusammenbruchs der Mark bedeutet eine weitere Verminderung dieser Tat politischer Gewalt erschüttert die wirtschaftliche Lage von ganz Europa.

Über die künftige Politik der deutschen Regierung befragt, erklärte der Reichskanzler: Während der aller nächsten Monate können und werden wir unsere Verpflichtungen nur soweit durchführen, als die Sicherung der Proviantversorgung wie die Existenz des Volkes es dies zuläßt. Erst wird für das Volk, dann Wiederherstellung. Was wirtschaftlich unmöglich ist, muß von selbst zusammenbrechen. Zur Frage des Moratoriums erklärte der Reichskanzler, es hätte, wenn es von praktischem Wert sein sollte, sich auf viele Monate erstrecken müssen. Sechs Monate wären vor kurzer Zeit noch ganz wirksam gewesen. Mit dem Fall der Mark aber werde das Moratorium immer weniger wertvoll.

Der Reichskanzler berührte dann die Vorwürfe, die gegen die deutsche Regierung wegen der Kapitalflucht aus Deutschland erhoben würden. Er wies darauf hin, daß die Kapitalflucht eine internationale Frage sei. Der beste Weg, die Flucht des Kapitals aus irgendeinem Lande zu verhindern, sei, es der Nähe wert zu machen, das Kapital im Lande zu behalten. Was wir brauchen, erklärte Dr. Wirth zum Schluß, ist Vertrauen. Diese augenblickliche Katastrophe der Mark, die ein neues kolossales Steigen der Preise und damit eine Bewegung zu erhöhten Löhnen und Gehältern bedeutet, beruht hauptsächlich auf der Durchsicht, daß Deutschland Frankreich nach dem Leben irade. Soll Deutschland nicht leben dürfen? Das ist die große Frage. Das Schwerste jedoch über unserm Haupte. Gehen wir den Weg Rußlands? Rußland ist zum großen Teil ein ackerbaureiches Land, Deutschland ist hauptsächlich ein Industrie-land. Ein Zusammenbruch Deutschlands würde beispiellos dastehen. Nichts würde damit verglichen werden können. Aber wenn nur guter Wille da ist, kann Europa und Deutschland noch gerettet werden.

In einem Vortragsartikel schreibt Daily Chronicle hierzu: Die persönliche Aufrichtigkeit in der Erklärung Dr. Wirths, daß er für eine lokale Durchführung der verträglichen Verpflichtungen innerhalb der Leistungsfähig-

keit Deutschlands eintrete, kann um so weniger angezweifelt werden, als seit der Zeit, wo Wirth und Rathenau die Wegweiser dieser Politik gewesen sind, einer von ihnen mit seinem Leben dafür einsprang. Wirth ist eingeschlossen, auch weiterhin so zu handeln, soweit es mit der Proviantversorgung, von welcher 88 Prozent im Ausland beschafft werden muß, vereinbar ist. Die Schwierigkeiten würden sich vermehren durch die Verzögerung in der Gewährung eines endgültigen Moratoriums. Je länger diese Verzögerung dauert, um so schneller fällt die Mark. Daily Chronicle sagt weiter: Poincaré erklärte, wenn Frankreich seine Aktionsfreiheit zurücknehme, so bedeute dies keinen Bruch der Entente. Hierüber drücken wir, fährt das Blatt fort, keine Meinung aus. Was es jedoch sicherlich bedeutet, das ist der Bruch des Versailler Friedensvertrages. Das gesamte System, in dem die beiden führenden Westmächte ihre Kräfte veretigten um ihre Bedingungen gegenüber dem Auslande zu erzwingen, muß klarer Weise enden, wenn einer von ihnen in dieser Frage eine Aktion entgegen den Wünschen der anderen Macht begeht.

### Deutschlands Fall eine Gefahr für die Welt.

Reichskanzler Dr. Wirth empfing gestern die Vertreter der ausländischen Zeitungen und legte ihnen den Standpunkt gegenüber den Ausführungen Poincarés bei seiner Abreise von London dar. Die deutsche Mark sei durch die französischen Drohungen auf ihren letzten Tiefstand gebracht worden. Frankreich habe damit die Reparationen selbst unmöglich gemacht. Jede einzelne Behauptung Poincarés bestritt Dr. Wirth zum Teil in sehr energischen Ausdrücken. Poincarés Worten könne schließlich kein Mensch in der Welt und selbst in Frankreich mehr glauben. Zum Schluß wies dann Dr. Wirth darauf hin in teilweise recht starken Worten, welche bei ihm ziemlich ungewohnt sind, daß Deutschland vor der Gefahr stände, einer bösewärtigen Bewegung anheimzufallen, wenn es nicht zur Ruhe komme. Er sage nicht zuviel mit der Behauptung, daß Deutschland jetzt auf dem Sterbelager liege. Ihm zu helfen, sei seine Pflicht und dazu rufe er die ganze Welt zur Hilfe auf.

### Belgien für ein Moratorium.

Die Geschäftigkeit, mit der nach dem Abbruch der Londoner Konferenz die französische Presse alle Vermittlungsmöglichkeiten diskutiert, scheint doch darauf hinzudeuten, daß es den Franzosen jetzt gänzlich so wohl ist, als Poincaré sich und der Welt vorzudrücken versuchte. Mit besonderem Eifer wird eine Vermittlungsformel in Paris erörtert, die von dem belgischen Premierminister Theunis ausgeht. Er will zwischen Frankreich, das Geld nötig hat und kein Moratorium wünscht, und zwischen England, welches kein Geld benötigt, aber ein Moratorium wünscht, vermitteln. Er geht von der Tatsache aus, daß Belgien ein Prioritätsrecht auf die Reparationszahlungen hat. Eine Zahlung Deutschlands würde zunächst Belgien zugute kommen. Es ist darum der nächstbeteiligte Staat in der Frage eines Moratoriums, und es will ein solches Moratorium für die Reparationsraten auf etwa 6 Monate beantragen. Theunis hofft, daß Deutschland in der Zwischenzeit in der Lage ist, auf dem Anleihewege Frankreich zu befristigen. Die Darlegungen des belgischen Ministerpräsidenten haben in ihrem ersten Teile durchaus etwas Schlußiges. Nur soll man sich darüber nicht täuschen, daß diese Stellungnahme eine Preisgabe Poincarés in aller Form bedeutet. Belgien läßt ihn damit fallen und rückt an den englischen Standpunkt heran. Das ist der Tatbestand, den freilich der belgische Ministerpräsident mit außerordentlichem Geschick zu umschleiern weiß. Gegenüber Poincarés vorgesetzten Weisungen hat übrigens, wie an anderer Stelle dieses Blattes ausführlich dargelegt wird, der Reichskanzler Dr. Wirth einen Vertreter des Daily Chronicle darauf hingewiesen, daß bei allem Erfüllungswillen Deutschland sich doch auf den Standpunkt stellen müsse: erst Brot — dann Reparationen! Das ist in der Tat richtig: ein vom Hunger zur Verzweiflung gedriebenes Volk kann am wenigsten Zahlungen leisten. Es wird notwendig sein, daß die Reichsregierung das noch mit viel stärkeren Worten in die Welt hinausrufe, denn die Poincarésche Waage steht ja tief in der Menschheit verhärtetem Ohr.

### Die Wirnisse in Polen.

Eigentlich gibt es in Polen nur Nationalisten. Aber man muß doch, um den bestigen Parteienkampf zu begreifen, zwischen gemäßigten und scharfen Nationalisten unterscheiden. Die neue Regierung Nationalisten, weichtens teilweise, den gemäßigten na-

nen  
erhalten,  
in Teil  
sich bei  
auch in  
Frauen-  
von da  
achte nur  
fast alle  
Mädchen,  
ern. Der  
r und die  
die Frau  
en Linien  
und alles  
gen Mäd-  
n, die sich  
sch in den  
erfassenste  
schleimung  
umgeformt  
20 Jahren  
Schul-  
ortbamen,  
verläßt.  
als einen  
hat auch  
nt in ge-  
Mädchen,  
verachtet,  
darf diese  
nicht alles  
ideal, das  
aufgegeben.  
he kein  
en Mann  
tano gut.  
Men Apo-  
Ber  
on  
ZOL  
ng  
auf den  
wird ge-  
dem am  
emp  
rbandes  
57.  
ogtl.  
ter  
wert.  
ugmacher  
Vorhanden,  
besten er-  
blatt.  
nen  
he 59.  
ntes  
hen  
Stellung  
el  
ste,  
he 21.